

**Niederschrift
über die 32. Sitzung des Verwaltungsausschusses**

Sitzung am :	Mittwoch, den 15.03.2023
Sitzungsort:	Festhalle, Kleiner Saal

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:30 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
------	-----------

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Sven Gerbeth
Herr Stefan Golle
Herr Lars Gruber
Frau Claudia Hänsel
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Herr Jörg Schmidt
Herr Gerald Schumann
Herr Gerd Steffen

Beratendes Mitglied

Herr Uwe Geisler	zeitweise anwesend ab TOP 1.3.
Herr Kai Grünler	
Frau Maria Koch	zeitweise anwesend ab TOP 2
Frau Elisabeth Zabel	zeitweise anwesend ab TOP 2

Stellvertretendes Mitglied

Herr Mirko Rust	Vertretung für Frau Sabine Schumann
-----------------	-------------------------------------

Abwesende:

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Sabine Schumann	entschuldigt
----------------------	--------------

Beratendes Mitglied

Herr Wolfgang Schmidt	unentschuldigt
Herr Mario Schreiter	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Blume-Brake	Kom. Leiterin FB Haupt- und Personalverwaltung	gesamte Sitzung
Frau Ernst	Vorsitzende Personalrat	gesamte Sitzung
Herr Gabriel	Leiter FG Polizeibehörde	TOP 3.1.
Herr Grimm	Koordinator Digitalisierung	TOP 2.
Herr Krämer	Leiter Büro OB	gesamte Sitzung
Frau Läser	Pressesprecherin	TOP 4.1.
Frau Ott	Prüferin RPA	TOP 10.1.
Frau Röpcke	SB Personal/Organisation	TOP 8.
Herr Scheibner	Leiter RPA	gesamte Sitzung
Herr Sorger	Leiter Tourismus, Marktwesen, Stadtmarketing	TOP 4.1
Herr Wandtke	Praktikant	gesamte Sitzung

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Schott, Freie Presse	Berichterstattung, öffentl. Teil

Tagesordnung: **öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Beantwortung von Anfragen
 - 1.3. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Informationen Stand Digitalisierung - Herr Grimm, Digital Koordinator
3. **Information**
 - 3.1. Erlass einer neuen Allgemeinverfügung zur Regelung von Brauchtumsfeuern
Drucksachennummer: 0798/2023
4. **Vorberatung**
 - 4.1. Verwendung Dachmarke Vogtland
Drucksachennummer: 0791/2023
5. Antrag der CDU-Fraktion - Mahn- und Gedenkstätte (Gedenkplatte) Areal am Schloßberg - *Reg.-Nr. 329-23* - Stellungnahme der Verwaltung
6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 32. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß § 39 SächsGemO weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Verwaltungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Stefan Golle, CDU-Fraktion, und Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion bestellt.

1.1. Tagesordnung

keine Änderungen

1.2. Beantwortung von Anfragen

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass die Beantwortung der Anfrage von Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion Die LINKE., bezüglich einer möglichen App zur Steuerung von Straßenbeleuchtung noch aussteht.

1.3. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner informiert über die positive Bilanz des Europäischen Bauernmarktes und die Notwendigkeit des verkaufsoffenen Sonntages dazu.

2. Informationen Stand Digitalisierung - Herr Grimm, Digitalkoordinator

Herr Nick Grimm, Digitalkoordinator der Stadt Plauen, informiert über den Stand der Digitalisierung in der Stadtverwaltung Plauen. Insbesondere führt er zu folgenden Projekten aus:

- Digital Lotsen,
- Umsetzung Digitalpakt (Ende 2023 abgeschlossen),
- sieben Fördermöglichkeiten in Höhe von 4,5 Mio. EUR,
- Abschluss der Technikmodernisierung für Ende 2024 geplant,
- Umsetzung OZG und Digitalisierung der Verwaltung
- Testung und Einführung der Kita App
- Modellkommune insbesondere moderne Verkehrsleittechnik, Verbundticket etc.,
- Öffentliches WLAN
- Glasfaserausbau (letzten vier Schulen sollen bis Mitte des Jahres angeschlossen sein)

Als Herausforderungen nennt er die Nutzerbetreuung, die Preisentwicklung und den Personalmangel. Er informiert zu den Themen der nächsten Sitzung der AG Digitalisierung.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass die Digitalisierung stetig vorangetrieben wird und merkt an, dass dazu noch Zuarbeiten der Landesregierung erforderlich sind.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, fragt an, welches pädagogische Konzept vorsieht alle Kitas mit WLAN auszustatten.

Herr Grimm antwortet, dass hier eher der verwaltungstechnische Bereich z. B. Führung der Anwesenheit der Kinder und die dazugehörige Abrechnung digitalisiert werden. Des Weiteren kann über die Kita App mit den Eltern Kontakt aufgenommen werden.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, ist der Meinung, dass die Kita App auch ohne WLAN funktioniert und fragt an, ob es derzeit in den Kitas kein Internet gibt und ob es unbedingt öffentliches WLAN sein muss.

Herr Grimm antwortet, dass es hier nicht um öffentliches WLAN, sondern um lokal nutzbares WLAN geht. Hier sind fest installierte Rechner nicht praktikabel. Er gibt an, dass der Datenschutz dazu derzeit diskutiert wird.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass das WLAN nur durch die Einrichtung genutzt werden kann.

3. Information

3.1. Erlass einer neuen Allgemeinverfügung zur Regelung von Brauchtumsfeuern

Drucksachenummer: 0798/2023

Herr Martin Gabriel, Leiter Fachgebiet Polizeibehörde, erläutert den Inhalt der Vorlage. Die Allgemeinverfügung wurde aktualisiert und zusammengefasst. Das dazugehörige Verwaltungsverfahren wurde vereinfacht und dessen Digitalisierung ist geplant.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass eine Verwaltungsvereinfachung und mehr Dienstleistungen für den Bürger erreicht werden.

Stadtrat Gerd Steffen, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt an, ob in jedem Fall die Zustimmung der Bodeneigentümer von Seiten der Stadt eingeholt wird. Er merkt an, dass es in Gartensparten ca. 30 % Privatbesitzer gibt und von diesen teilweise die Adressen fehlen. Er sieht grundsätzlich die Vereinfachungen des Verwaltungsverfahrens positiv. Der Pkt. 5 der Allgemeinverfügung bereitet ihm bzgl. Artenschutz Bauchschmerzen. Er hätte sich gewünscht, dass die Regelung, dass erst am Tag des Abbrennens das Feuer aufgeschichtet werden darf, erhalten bleibt.

Herr Gabriel kann die Bedenken von Stadtrat Steffen nachvollziehen. Er erläutert, dass in der Allgemeinverfügung nichts angeordnet wird, was bereits im Gesetz verankert ist. Der Artenschutz ist gesetzlich geregelt und muss somit auch eingehalten werden. Es werden entsprechende Hinweise dazu gegeben. Für den Vollzug des Artenschutzes ist das Landratsamt Vogtlandkreis verantwortlich.

Oberbürgermeister Zenner fasst zusammen.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., fragt an, ob durch die Vereinfachung des Verfahrens auch die Genehmigung günstiger wird. Weiterhin möchte sie wissen, ob die neue Allgemeinverfügung schon ab diesem Jahr gilt.

Herr Gabriel antwortet, dass im Falle einer öffentlichen Veranstaltung und Erteilung eines Bescheides, Gebühren erhoben werden. Die Allgemeinverfügung wird im Anschluss an den heutigen Verwaltungsausschuss bekannt gemacht und gilt danach entsprechend. Antragsteller, die bereits einen Antrag gestellt haben werden, entsprechend informiert.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, fragt an, ob zukünftig die Antragstellung nur noch digital möglich ist. Er hat Bedenken, ob dies rechtlich zulässig und umsetzbar ist, denn nicht alle Personen sind in der Lage einen digitalen Antrag zu stellen.

Herr Gabriel antwortet, dass die Antragstellung sowohl digital als auch in Papierform möglich ist.

Stadtrat Steffen fragt an, ob er morgen schon die Gartenvereine darauf hinweisen kann.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass die alte Allgemeinverfügung zeitnah widerrufen und die Neue bekannt gemacht wird. Er fragt Herrn Grimm, ab wann die Antragstellung über die Homepage der Stadt Plauen möglich ist.

Herr Grimm erklärt, dass nicht nur dieser Antrag, sondern mehrere verarbeitet werden und diese noch nicht zur Verfügung stehen. Einen genauen Zeitpunkt konnte er nicht nennen.

Oberbürgermeister Zenner stellt klar, dass die neue Allgemeinverfügung gilt, jedoch zurzeit der Antrag noch analog gestellt werden muss.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Informationsvorlage *Drucksachenummer: 0798/2023* zur Kenntnis.

4. Vorberatung
4.1. Verwendung Dachmarke Vogtland
Drucksachenummer: 0791/2023

Herr Eckard Sorger, Leiter Tourismus, Marktwesen, Stadtmarketing, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass beschlossen werden soll, ob die Dachmarke Vogtland bei Marketingauftritten verwendet wird.

Herr Kai Grünler, sachkundiger Einwohner, ist der Meinung, dass die Entwürfe das Spitzentadtlogo in den Hintergrund stellen. Er wünscht sich, dass die Stadt Plauen sichtbarer ist.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass es sich in der Vorlage um Entwürfe handelt. Die direkte Umsetzung wird die ARGE zum Corporate Design übernehmen und Vorschläge erarbeiten. Dies ist vertraglich festgelegt. Geplant ist, dass die Verträge dahingehend geändert werden, dass es der Stadt Plauen selbst möglich ist Anpassungen am Logo vorzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen befürwortet die Verwendung der Dachmarke „Vogtland“ auf Publikationen der Stadt und im Internet für Zwecke des touristischen Marketings und bei Kultureinrichtungen der Stadt mit touristischer Relevanz.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

5. Antrag der CDU-Fraktion - Mahn- und Gedenkstätte (Gedenkplatte) Areal am Schloßberg - Reg.-Nr. 329-23 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Die CDU-Fraktion begrüßt den Vorschlag der Verwaltung für eine gesonderte Installierung einer Gedenktafel für den 17. Juni 1953 in der Nähe des Denkmals für die Friedliche Revolution an der Melanchthonstraße. Trotzdem wünscht sich die CDU-Fraktion, dass die beiden vorhandenen Gedenkplatten auf dem Schlossareal in einem würdigen Rahmen angebracht werden sollen.

Oberbürgermeister Zenner führt aus, dass die Stadtverwaltung den 17. Juni 1953 mit einer eigenen Gedenktafel würdigen möchte. Hierfür werden Fördermittel vom Freistaat Sachsen zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung schlägt vor, diese Tafel für den 17. Juni an der Kerze der Friedlichen Revolution anzubringen. Zu diskutieren wäre nun, ob die beide Tafeln, die früher an der Gefängnismauer angebracht waren weiter auf dem Amtsberg (in einem ansprechenderen Rahmen) verbleiben sollen oder ob eine Tafel (Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden) auf dem Amtsberg bleiben und die andere Tafel (Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft zum Gedenken) mit an die Kerze der Friedlichen Revolution zu nehmen sind.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, vertritt die Meinung, dass auf dem Schlossareal der richtige Ort für die beiden Gedenktafeln wäre, es sei denn man verständigt sich im Einvernehmen mit dem Antragsteller auf eine andere Lösung.

Unabhängig von der hier dargestellten Thematik, möchte Stadtrat Gerbeth in Erinnerung rufen, dass vor vielen Jahren Gespräche bezüglich der Skulptur „Drachentöter“ (Neustadtplatz) geführt wurden. Ursprüngliche Intention der FDP-Fraktion war, diese Skulptur mit auf dem Schlossareal zu platzieren. Stadtrat Gerbeth regt an, in der Verwaltung darüber nachzudenken, ob hier eine bessere Lösung gefunden werden könnte.

Oberbürgermeister Zenner nimmt diese Anregung als Aufgabenplanung mit.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, ist der Meinung, dass die zwei Tafeln am Amtsberg einen historischen Bezug haben und diese Erinnerung erhalten bleiben sollte. Zur Aufstellung einer Tafel für den 17. Juni 1953 ist Stadträtin Hänsel eher im Zweifel. Nach ihren eigenen Recherchen habe der 17. Juni 1953 in Plauen überhaupt keine große Rolle gespielt. Sie ist der Meinung, dass Plauen zu diesem Datum keine Gedenkkultur benötigen würde. Sie stimmt der Anbringung der beiden vorhandenen Tafeln in einem angemessenen Rahmen auf dem Amtsberg zu.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass es in Plauen keine eigenständige Bewegung zum 17. Juni 1953 gab. Aber als in den Großbetrieben die Normen angehoben wurden, wäre das auch in Plauen ein Thema gewesen.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, kann den Antrag der CDU-Fraktion im Namen seiner Fraktion unterstützen. Allerdings hat er selbst mit dem Zitat auf der 2. Tafel ein Problem. Er plädiert dafür, dass hier eine andere Lösung gefunden werden sollte. Seiner Meinung nach sei die Inschrift „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ aus einem Zitat von Rosa Luxemburg, an dieser Stelle „völlig aus dem Kontext herausgerissen“. Die Inschrift sei eher eine „Verhöhnung“ der Opfer politischer Verfolgung in der sowjetisch besetzten Zone und der DDR. Diese Worte aus einem Schreiben von Rosa Luxemburg betrafen ursprünglich die Freiheit innerhalb der kommunistischen Partei. Es wäre eine Auseinandersetzung von Rosa Luxemburg mit den Bolschewiki in der Frage gewesen, ob Freiheit in der Klasse oder nur in der Partei widerspiegelt werden könne.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, teilt die Herleitung des historischen Hintergrundes von Stadtrat Schumann. Er gibt aber zu bedenken, dass dieser Spruch auch von Dissidenten in der DDR in dialektischer Weise gegen das System verwendet wurde (ähnlich wie Schwerter zu Pflugscharen), um Protest ausdrücken zu können. Es sei auch kein Zufall, dass kurz nach der Wende diese Tafeln dort angebracht wurden. Er bittet unter Beachtung dieser Gedanken darum, dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass dieses Zitat im Freiheitskampf gegen das SED-Regime verwendet wurde. Deshalb sei es schon wichtig, dass dieses „Dokument der Zeit“ belassen werden sollte. Man müsse nur darauf achten, dass eine entsprechende Erläuterung dazu erfolgt (z. B. bei Stadtführungen).

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, schlägt vor, nicht nur die Stadtführer dahingehend zu schulen, sondern auch eine Informationstafel zu dieser Gedenkplatte mit anzubringen.

Stadtrat Schmidt dankt für die sachliche Diskussion. Die vorgeschlagene Infotafel sei eine gute Idee. Er plädiert nochmals dafür, dass beide Gedenkplatten am Amtsberg belassen werden sollen. Weiterhin führt Stadtrat Schmidt aus, warum auch eine Gedenktafel für den 17. Juni 1953 in Plauen wichtig sei. Dieser Tag stünde im Kontext mit der gesamten deutschen Geschichte nach 1945 bis zur Wiedervereinigung im Jahr 1989.

Stadtrat Schumann spricht noch einmal das Zitat von Rosa Luxemburg an. Es sei kein Bezug auf die Opfer der Gewaltherrschaft in den vorangegangenen Jahren da. Er appelliert nochmals, hier eine andere Aufschrift zu finden.

Oberbürgermeister Zenner legt dar, dass ein klarer Beschlussvorschlag vorliegt. Das heißt, beide Tafeln sollen in einem würdigen Rahmen auf dem Amtsberg installiert werden.

Oberbürgermeister Zenner schlägt vor, noch einmal zu recherchieren, warum und von wem die Tafel mit dem Zitat von Rosa Luxemburg nach der Friedlichen Revolution angebracht wurde.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Areal am Schlossberg zu einer Mahn- und Gedenkstätte zu ertüchtigen und in einen für eine Grünfläche angebrachten Zustand zu versetzen. Die vorhandene Gedenkplatte ist dabei repräsentativ in den Fokus zu rücken.

Sollte das Grundstück nicht im Eigentum der Stadt sein, ist der Eigentümer entsprechend aufzufordern, hier zu handeln, um diesen Ort des Gedenkens auf dem Gelände des früheren Gefängnisses zu verbessern und zu erhalten.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, merkt an, dass es am 14.03.2023, gegen 16:30 Uhr zum wiederholten Male einen Einsatz der Feuerwehr im Asylbewerberheim an der Kasernenstraße gab. Er fragt nach, wie viele Einsätze es dort seit Anfang Januar 2023 gegeben hat.

Stadtrat Gerbeth führt weiter aus, dass er diese Frage auch im Kreistag gestellt hat. Die Antwort habe ihm nicht ausgereicht. Stadtrat Gerbeth möchte dort noch einmal nachfragen, ob und wie mit dem mutmaßlichen Verursacher (z. B. auf sozialer Ebene) gearbeitet wird oder ob man die Verlegung in eine andere Einrichtung überlege.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Oberbürgermeister Zenner erteilt Frau Schott von der Freien Presse Rederecht.

Frau Schott fragt zu den beiden Abstimmungsergebnissen nach.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass bei beiden Abstimmungen 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend waren und auch abgestimmt haben:

TOP 4.1. 10 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

TOP 5. 9 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Frau Schott spricht zur Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der **CDU-Fraktion, Reg. Nr. 329-23**. Dort wird im letzten Absatz der 21.03.2023 erwähnt.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass es richtig 21.02.2023 heißen muss.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Stefan Golle
Stadtrat

Plauen, den 27.03.2023 Plauen,

Plauen, den

Kristin Martin
Schriftführerin

Peggy Glaß
Schriftführerin

Sven Gerbeth
Fraktionsvorsitzender